

Niederschrift

über die Sitzung des
Ordnungs- und Verkehrsausschusses
am 18.10.2006

Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 **Anfragen**
 - 3a 66/ 112/2006 Fuß- und Radwegeunterhalt
Anfrage der SPD-Ratsfraktion
 - 3b 66/ 127/2006 Verkehrssicherheit auf dem Rheindeichweg zwischen
Theodor-Heuss-Brücke und Wittlaer
- 4 **Anträge**
 - 4a 66/ 121/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Verwaltungshaushalt -
Fahrradmietsystem
 - 4b 66/ 122/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Verwaltungshaushalt -
Agentur für Mobilitätsmanagement
 - 4c 66/ 123/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt -
Mobilitätsbehindertengerechte Bushaltestellen
 - 4d 66/ 124/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt -
Fahrradabstellanlagen
 - 4e 66/ 125/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt -
Oberflächengestaltung nach dem Bau von Anwohnerquartiers-
garagen
 - 4f 66/ 126/2006 Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt -
Straßenräumliches Handlungskonzept
- Verwaltungsvorlagen**
 - 5 66/ 82/2006 Rahmenplan Fußgängerverkehr - Stadtteiluntersuchung
 - 6 66/ 84/2006 Urdenbacher Allee - Neubau der Haltestelle Regerstraße
- Planungsbeschluss -
 - 7 66/ 85/2006 Urdenbacher Allee - Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der
Haltestelle Orangerie
- Planungsbeschluss -
 - 8 66/ 86/2006 Urdenbacher Allee - Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der
Haltestelle Koblenzer Str.
- Planungsbeschluss -

- 9 66/ 88/2006 Erschließung B-Plan-Gebiet Bachstraße/Friedrichstraße
- Planungsbeschluss -
- 10 66/ 109/2006 Am Roten Haus
Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen)
- 11 66/ 116/2006 Mehrjahresbauprogramm zur Realisierung von Kreisverkehren
- 12 66/ 117/2006 Verkehrsentwicklungsplan 2020
- Stellungnahmen zum Entwurf des Zielkonzeptes und Beschluss
- 13 66/ 115/2006 Haushaltsplanentwurf des Amtes für Verkehrsmanagement sowie
des Ordnungsamtes für das Jahr 2007

Tischvorlagen

- Zu TOP 4 66/135/2006 Maßnahmen zur Modernisierung und Attraktivierung von
S-Bahn-Stationen
Begleitantrag der Ratsfraktionen CDU und FDP
- Zu TOP 12
Verkehrsentwicklungsplan 2020
- Stellungnahmen zum Entwurf des Zielkonzeptes und Beschluss
-
a) Ergänzung zu Anlage 1
b) Ergänzung zu Anlage 2
- 66/130/2006 Verkehrsentwicklungsplan 2020
- Stellungnahme zum Entwurf des Zielkonzeptes und Beschluss
Änderungsantrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 66/136/2006 Verkehrsentwicklungsplan 2020
- Stellungnahme zum Entwurf des Zielkonzeptes und Beschluss
Änderungs- und Ergänzungsanträge der Ratsfraktionen CDU und
FDP
- Zu TOP 13
Haushaltsplanentwurf des Amtes für Verkehrsmanagement sowie
des Ordnungsamtes für das Jahr 2007

Anträge

- 66/129/2006 Haushaltsplanentwurf 2007
Antrag der SPD-Ratsfraktion
- 66/131/2006 Haushaltsplanentwurf 2007 - Verwaltungshaushalt
Antrag der Ratsfraktionen CDU und FDP
- 66/132/2006 Haushaltsplanentwurf 2007 - Vermögenshaushalt
Antrag der Ratsfraktionen CDU und FDP
- 66/133/2006 Haushaltsplanentwurf 2007 - Vermögenshaushalt
Antrag der Ratsfraktionen CDU und FDP
- 66/134/2006 Haushaltsplanentwurf 2007 - Vermögenshaushalt
Antrag der Ratsfraktionen CDU und FDP
- TOP 14 66/111/2006 Ausbau der Volmerswerther Straße zwischen Georg-Schulhoff-
Platz und Südring
- Bau- und Finanzierungsbeschluss -

Anwesend:

Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Bosse	CDU
Ratsherr	Hartnigk	CDU, stellv. Vorsitzender
Ratsfrau	Jäger	CDU
Ratsherr	Kurth	CDU
Ratsherr	Philipps	CDU, ab 17:00 Uhr Herr Klingner
Ratsherr	Tups	CDU
Herr	Schulte	CDU
Ratsfrau	Zimmermann	CDU
Ratsherr	Bräer	SPD, Vorsitzender
Herr	Freitag	SPD
Herr	Herz	SPD
Herr	Kühbacher	SPD
Ratsfrau	Thum	SPD
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsherr	Czerwinski	Bü 90/Grüne
Ratsherr	Karen-Jungen	Bü 90/Grüne
Herr	Neuenhaus	FDP
Herr	Dimitrov	FDP

Von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter	Leonhardt	Dezernat 07
Herr	Thomas	Dezernat 07
Herr	Windhövel	Dezernat 07
Frau	Blome	Amt 66
Herr	Tolkmitt	Amt 32
Herr	Odenthal	Amt 66
Herr	Schwarz	Amt 66
Herr	Demny	Amt 66
Herr	Klößner	Amt 66
Frau	Süring	Büro 01

Weitere Teilnehmer:

Herr	Kronenberg	Polizeipräsidium Düsseldorf, GS 3
Herr	Krause	Polizeipräsidium Düsseldorf, GS 3
Herr	Langensiepen	Rheinbahn AG
Herr	Dr. Neuhoff	Industrie- und Handelskammer
Herr	Höhner	Verkehrswacht
Herr	Kämpf	Taxi eG
Herr	Tönjes	Umweltverband
Herr	Kovac	Sachk. Einwohner
Frau	Deffur	Seniorenbeirat
Herr	Dr. Baier	BSV Aachen

Schriftführer:

Herr	Roth
------	------

I. Öffentlicher Teil

Öffentliche Sitzung

1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende - Ratsherr Bräer - stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Anerkennung der Tagesordnung

Ratsherr Czerwinski teilt mit, dass die Zustellung der letzten Unterlagen zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zu kurzfristig erfolgt sei, so dass für ihn eine Beschlussfassung des VEP heute nicht möglich sei.

Ratsherr Hartnigk erwidert, dass der VEP seit Wochen und Monaten bekannt sei und somit auch zur Abstimmung gebracht werden könne.

Ratsherr Karen-Jungen entgegnet, dass aufgrund der erst vor kurzem bekannt gewordenen neuen Fragen und Ergänzungsvorschläge keine Beratungsmöglichkeit bestand und beantragt, den VEP lediglich als Einbringung behandeln zu lassen.

Der Vorsitzende - Ratsherr Bräer - lässt über den von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag, den VEP in der heutigen Sitzung nicht zur Beschlussfassung zu bringen, sondern als Einbringung zu behandeln, abstimmen:

Der Antrag wird mit

8 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

11 Nein-Stimmen (CDU, FDP)

abgelehnt.

Ratsherr Karen-Jungen beantragt daraufhin eine Sitzungsunterbrechung.
Die Sitzung wird von 15:10 Uhr bis 15:20 Uhr unterbrochen.

Der Vorsitzende - Ratsherr Bräer - lässt über die Zulassung von Herrn Dr. Baier - BSV Aachen - als Sachverständigen zu TOP 12 - Verkehrsentwicklungsplan 2020 abstimmen:

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig, Herrn Dr. Baier zu TOP 12 gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates als Sachverständigen zuzulassen.

Auf Anregung des Vorsitzenden - Ratsherrn Bräer - werden die TOP 4 a - 4 f und die Tischvorlage zu TOP 4 sowie zu TOP 13 gemeinsam mit TOP 13, - Haushaltsplanentwurf des Amtes für Verkehrsmanagement und des Ordnungsamtes für das Jahr 2007 - behandelt.

Die Tischvorlagen zu TOP 12 werden zusammen mit TOP 12 - Verkehrsentwicklungsplan 2020 - behandelt.

Im Übrigen wird die Tagesordnung - wie vorgelegt - anerkannt.

3 Anfragen

3a Fuß- und Radwegeunterhalt Anfrage der SPD-Ratsfraktion - Vorlage 66/ 112/2006 -

Herr Herz begründet den Antrag

Beigeordneter Leonhardt berichtet, dass alle gewidmeten Straßen, die in der Baulast der Landeshauptstadt Düsseldorf stehen, mindestens 1 x im Monat, sensible Bereiche, z.B. Altstadt, 14-tägig begangen würden. Jährlich würden ca. 19.000 Schadstellen erfasst. Für die Schadensbehebung ständen jährlich 2 Mio Euro zur Verfügung. Die verfügbaren Mittel würden stets insgesamt verbraucht. Eine Unterscheidung zwischen Fahrbahn, Geh- und Radwegen sei derzeit ohne eine entsprechende differenzierte Datenbank - die jedoch in Vorbereitung sei - nicht möglich.

Beigeordneter Leonhardt teilt ferner mit, dass der Straßenbaulastträger verpflichtet sei, die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze so zu unterhalten, dass eine gefahrlose Benutzung durch die Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist (Verkehrssicherungspflicht). Daraus würde sich ableiten, dass die Verkehrsflächen regelmäßig begangen und kontrolliert werden müssten. Festgestellte Schäden, die eine potenzielle Gefahr darstellten, seien unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit zeitnah zu bearbeiten. Zur Erfüllung der hiermit obliegenden Verpflichtung habe die Stadt Düsseldorf beim Amt für Verkehrsmanagement zum Einen einen Straßenkontrolldienst eingerichtet. Dieser begehe sämtliche o.a. Verkehrsflächen regelmäßig und in festgelegten Zeitabständen. Die Kontrollstrecken seien auf 12 Mitarbeiter aufgeteilt. Die Kontrollen würden den Straßenkörper, Verkehrseinrichtungen und Anlagen sowie das gesamte Lichtraumprofil umfassen. Die vielfältigen Aufgaben und Pflichten des Straßenkontrolldienstes seien in einer Dienstanweisung definiert. Zum Anderen betreibe das Fachamt 3 Bauhöfe. Jedem Bauhof sei ein genau abgegrenzter Unterhaltungsbezirk zugeordnet. Auf den Bauhöfen stünden derzeit 41 gewerbliche Arbeitskräfte zur Verfügung, um die durch den Straßenkontrolldienst identifizierten Schäden zu beheben. Insgesamt sei festzustellen, dass die Aufgabenerledigung durch das Amt für Verkehrsmanagement den gesetzlichen sowie den von der Rechtsprechung aufgestellten Anforderungen zur Erfüllung der Verkehrssicherheit entspreche.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3b Verkehrssicherheit auf dem Rheindeichweg zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Wittlaer - Vorlage 66/ 127/2006 -

Beigeordneter Leonhardt erläutert, dass die Charakteristik der Streckenabschnitte im genannten Bereich der Rheinroute bei einer überwiegend doppelten Nutzung als kombinierter Fuß- und Radweg sehr unterschiedlich sei. Daher werde bei hohem Publikumsaufkommen die Situation unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit infolge beengter Platzverhältnisse in der Tat als problematisch angesehen.

Kurzfristige Wegeverbreiterungen zur Problemschärfung seien - vorbehaltlich einer detaillierten Prüfung - nur in Ausnahmefällen möglich. Für eine konkrete Geschwindigkeitsbeschränkung des Radverkehrs und deren effektiver Überwachung fehle die rechtliche Grundlage. Lediglich die Kontrolle der grundsätzlich mit § 1 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) gebotenen gegenseitigen

Rücksichtnahme sei, wenn auch nur unter erheblichen personellem Aufwand, möglich. Bei Verstößen gegen das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme sehe der Bußgeldkatalog Verwarngelder in Höhe von - situationsabhängig - 10 bis 25 Euro vor. Daher werde die zuständige Polizeidienststelle über die bestehende Problematik informiert und verstärkte Einsätze, auch im Rahmen der jüngst eingeführten Doppelstreifen, angeregt. Es sei vorgesehen, die jeweiligen Maßnahmen immer wirksam über die Medien bekannt zu geben. Hierdurch werde eine größere Zielgruppe sowohl über die bestehende Problematik als auch über die ordnungsbehördlichen Gegenmaßnahmen informiert.

Ratsfrau Zimmermann regt an, gegen das viel zu schnelle Fahren auf den Radwegen eine Kampagne zu erarbeiten.

Der Ausschuss nimmt von der Beantwortung der Anfrage Kenntnis.

4 Anträge

4a Haushaltsplanberatungen 2007 - Verwaltungshaushalt - Fahrradmietsystem

- Vorlage 66/ 121/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

4b Haushaltsplanberatungen 2007 - Verwaltungshaushalt - Agentur für Mobilitätsmanagement

- Vorlage 66/ 122/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

4c Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt - Mobilitätsbehindertengerechte Bushaltestellen

- Vorlage 66/ 123/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

4d Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt - Fahrradabstellanlagen

- Vorlage 66/ 124/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

4e Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt - Oberflächengestaltung nach dem Bau von Anwohnerquartiersgaragen

- Vorlage 66/ 125/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

4f Haushaltsplanberatungen 2007 - Vermögenshaushalt - Straßenräumliches Handlungskonzept

- Vorlage 66/ 126/2006 -

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

5 Rahmenplan Fußgängerverkehr - Stadtteiluntersuchung - Vorlage 66/ 82/2006 -

Einleitend führt Beigeordneter Leonhardt aus, dass die Verwaltung auf der Grundlage eines Ratsauftrages ein Rahmenkonzept zur Förderung des Fußgängerverkehrs erstellt habe. Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss habe dieses Rahmenkonzept im November 2003 beschlossen. Dieses Konzept enthalte mehrere Bausteine, die seitdem als Grundlage bei der Neu- oder Umgestaltung von Straßenräumen dienen oder als Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt würden.

Die Vorlage 66/82/2006 stelle das Ergebnis der Prüfung des Bausteins "Stadtteiluntersuchung" dar.

Zusammengefasst lasse sich feststellen, dass Stadtteiluntersuchungen im Aufwand/Nutzen-Verhältnis keine praktikable Möglichkeit seien, den Fußgängerverkehr effektiv zu fördern. Die konzeptionelle Betrachtung und Sicherung des Fußverkehrs könne daher sinnvoll nur in den Realisierungsstufen der Verkehrsentwicklungsplanung erfolgen.

Ratsherr Karen-Jungen erklärt, dass sich nach dem Vortrag der Verwaltung die Situation für ihn nicht zufriedenstellend darstelle. Aus diesem Grunde werde sich die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung enthalten. Ratsfrau Böcker merkt an, dass der Bericht die Handlungsgrenzen der Verwaltung aufzeige. Vielmehr sei die Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer aufeinander geboten. Weitere Regelungen würden die dargestellte Sicherheit des Fußgängers nicht erhöhen.

Ratsfrau Thum regt an, die Untersuchungen auch auf andere Stadtteile auszuweiten. Hierzu teilt Herr Schwarz mit, dass die Abstimmung der Untersuchungsschwerpunkte mit den Bezirksvertretungen im Rahmen des VEP erfolgt sei. Sofern der VEP vom Rat in seiner November-Sitzung 2006 beschlossen werde, sei beabsichtigt, im Jahr 2007 einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten und diesen den Ratsgremien vorzustellen.

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss nimmt das Ergebnis der Stadtteiluntersuchungen (Bilk und Kaiserswerth) zur Förderung des Fußgängerverkehrs zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die dort gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der im Zielkonzept des VEP vorgeschlagenen "Straßenräumlichen Handlungskonzeptes" stadtweit umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig Ja
2 Enthaltungen (Bü90/Grüne)

6 Urdenbacher Allee - Neubau der Haltestelle Regerstraße Planungsbeschluss - Vorlage 66/ 84/2006 -

Ratsherr Volkenrath fragt nach, ob die Haltestelle mobilitätsbehindertengerecht ausgebaut werde.

Herr Schwarz teilt mit, dass die Haltestelle mobilitätsbehindertengerecht ausgebaut werde.

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Planung zum Neubau einer Bushaltestelle "Regerstraße" in der Urdenbacher Allee in Höhe der Regersstraße gemäß Planung Nr. S 2991/114.

7 Urdenbacher Allee - Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der Haltestelle Orangerie

Planungsbeschluss

- Vorlage 66/ 85/2006 -

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Planung zum mobilitätsbehindertengerechten Ausbau der Bushaltestelle "Orangerie" in der Urdenbacher Allee gemäß Planung Nr. S 2991/115.

8 Urdenbacher Allee - Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der Haltestelle Koblenzer Str.

Planungsbeschluss

- Vorlage 66/ 86/2006 -

Auf die Frage von Ratsfrau Thum, ob jede Haltestelle mobilitätsbehindertengerecht ausgebaut werden soll, antwortet Herr Schwarz, dass auch andere Haltestellen dann mobilitätsbehindertengerecht ausgebaut würden, wenn im Haltestellenbereich anderweitige Bauaktivitäten stattfänden.

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Planung zum mobilitätsbehindertengerechten Ausbau der Bushaltestelle "Koblenzer Straße" in der Urdenbacher Allee gemäß Planung Nr. S 2991/116.

9 Erschließung B-Plan-Gebiet Bachstraße/Friedrichstraße

Planungsbeschluss

- Vorlage 66/ 88/2006 -

Herr Klöckner erklärt, dass der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf vor der Sommerpause den B-Plan für das Gebiet Bach-/Friedrichstraße beschlossen habe und somit entsprechendes Baurecht bestehe. Des Weiteren erläutert Herr Klöckner eingehend die Planung. Danach würden die im Zuge der Wehrhahn-Linie vorgesehenen baulichen Änderungen bei der Straßenplanung berücksichtigt. Aufgrund des geplanten neuen Charakters der Bachstraße - neue Wohnbebauung auf der Südseite, verkehrsberuhigter Bereich - werde die Bachstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Da die Bachstraße derzeit noch als Landesstraße (L 85) eingestuft sei, müsse für eine Abstufung als Gemeindestraße ein förmliches Verfahren bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingeleitet werden. Die Bezirksregierung habe ihre Zustimmung zur Abstufung der Bachstraße im Rahmen dieses Verfahrens bereits angekündigt. Das Verfahren der Abstufung würde in Kürze eingeleitet. Herr Klöckner führt weiter hin aus, dass nach den Weihnachtsferien das Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden solle.

Ratsherr Czerwinski hält die Sperrung der Bachstraße und den Wegfall von Parkständen für den Zulieferverkehr und für die Anlieger für kritisch.

Ratsherr Hartnigk fragt nach, wie viele Parkstände bei der beabsichtigten Sperrung der Bachstraße betroffen seien.

Herr Klöckner antwortete, dass die Planung den Wegfall von 42 Parkständen vorsehe; zudem sei in der Bezirksvertretung 3 der zusätzliche Wegfall von weiteren 18 Parkständen diskutiert worden. Ratsherr Bosse regt an, zumindest

diese 18 Parkstände für die Anlieger als Parkmöglichkeit zu erhalten.

Nach kontroverser Diskussion der Parkplatzfrage fasst der Ordnungs- und Verkehrsausschuss folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt die Erschließungsplanung für das Bebauungsplangebiet Bachstraße/Friedrichstraße gemäß Plan-Nr. G 032 - 105. ¹

10 Am Roten Haus

Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen)

- Vorlage 66/ 109/2006 -

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) über die Straße "Am Roten Haus" in Höhe der vorhandenen Bushaltestelle und Haus Nr. 35 gemäß Plan Nr. S 1125/101.

11 Mehrjahresbauprogramm zur Realisierung von Kreisverkehren

- Vorlage 66/ 116/2006 -

Auf Anregung des Vorsitzenden - Ratsherrn Bräer - wird zunächst über die Anträge der Ratsfraktion SPD (Vorlagen-Nr. 66/134/2006) und der Ratsfraktionen CDU und FDP (Vorlagen-Nr. 66/129/2006) abgestimmt.

Antrag der SPD-Ratsfraktion HHSt 6300 8582 94037 - Gemeindestraßen - Bau von Kreisverkehren -

Antrag:

Erhöhung des Ansatzes für 2007 um 1,0 Mio Euro auf 1,5 Mio Euro

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen (SPD, Bü90/Grüne)

11 Nein-Stimmen (CDU, FDP)

Antrag der CDU- und FDP-Ratsfraktion

Verm.HHS-Position M 8582 6300 94037 - Bau von Kreisverkehren, Baukosten

Antrag:

Der Ausgabeansatz an Mitteln zum Bau von Kreisverkehren in Höhe von 500.000 Euro ist um 500.000 Euro auf insgesamt 1,0 Mio Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Volkenrath merkt an, dass für die Realisierung aller in der Liste aufgeführten Kreisverkehre Kosten in Höhe von je ca. 500.000 Euro investiert werden

¹ Aus dem Sitzungsverlauf ergab sich keine eindeutige Klarheit über das Abstimmungsergebnis zu der Frage nach dem Erhalt von 18 oberirdischen Parkständen auf der Bachstraße, so dass dem Ausschuss in seiner Sitzung am 22.11.06 die Vorlage zu diesem Punkt erneut zur Beratung vorgelegt wurde.

müssten. Aus diesem Grunde regt er an, anstelle eines Kreisverkehrs mit diesem hohen Investitionsvolumen mehrere kleinere Kreisverkehre zu bauen. Er schlägt daher vor, den Bau kleiner Kreisverkehre vorzuziehen. Beigeordneter Leonhardt sagt eine Prüfung zu, falls sich der Ausschuss dem Vorschlag von Ratsherrn Volkenrath anschließt. Er verweist aber in diesem Zusammenhang auf die bereits vom Ausschuss beschlossene Unterteilung des Kreisverkehrsprogramms in die 1. und 2. Priorität.

Ratsfrau Böcker spricht sich gegen die Anregung von Ratsherrn Volkenrath aus.

Ratsherr Bosse schlägt vor, die Reihenfolge des Baues der Kreisverkehre interfraktionell festzulegen.

Beigeordneter Leonhardt erläutert, dass die Unterschiede in der Bewertung der fachlichen Kriterien zur Festlegung einer Reihenfolge marginal seien und begründet, warum die Realisierung der Kreisverkehre Angermunder-/Rahmer Straße, Fähr-/Florensstraße und Hülsmeierplatz nicht vorgezogen werden könne.

Herr Freitag bittet den beabsichtigten Kreisverkehr Hülsmeierplatz auf 2014 vorzuziehen und fragt nach, wann der Antrag auf GVFG-Fördermittel gestellt werde. Herr Schwarz erklärt hierzu, dass eine neue Verkehrszählung in Auftrag gegeben wurde, um festzustellen, ob der Platz als Kreisverkehr leistungsfähig genug sei. Im Jahre 2007 seien die planerischen Untersuchungen abgeschlossen, so dass dem Ausschuss im Laufe des nächsten Jahres berichtet werden könne.

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss nimmt das von der Verwaltung aufgestellte Mehrjahresbauprogramm für die Realisierung von acht Kreisverkehren der Priorität 1 sowie die Aufnahme des Kreisverkehrs Urdenbacher Allee/Hildener Straße aus der Priorität 2 in die Priorität als Ersatzmaßnahme für den entfallenden Kreisverkehr Forst-/Cäcilienstraße zur Kenntnis, mit der Maßgabe, dass die Reihenfolge des Mehrjahresbauprogramms zur Realisierung von Kreisverkehren der Prioritätenliste 1 interfraktionell festgelegt wird

12 Verkehrsentwicklungsplan 2020

- Stellungnahmen zum Entwurf des Zielkonzeptes und Beschluss -

- Vorlage 66/ 117/2006 -

Beigeordneter Leonhardt stellt einleitend fest, dass die Verwaltung heute den ersten Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Landeshauptstadt Düsseldorf auf die politische Zielgerade bringe. In diesem Zusammenhang erinnert Beigeordneter Leonhardt daran, dass der letzte - damals noch GVP genannte Gesamtverkehrsplan - aus den 60er Jahren stamme. Seitdem habe es mehrere Versuche gegeben, einen neuen Gesamtverkehrsplan für die Stadt aufzustellen, die aber allesamt gescheitert seien. So etwa der letzte aus den 80er Jahren daran, dass die Planinhalte in über 100 Einzelbeschlüsse zerlegt worden seien und von einem integrierten Gesamtkonzept keine Rede mehr sein konnte. Davon habe sich die Verwaltung nicht beirren lassen und es trotz teilweise sehr kontroverser Diskussionen mit dem notwendigen "langen Atem" geschafft, eine umfassende Analyse des Verkehrs in Düsseldorf und die zukünftigen verkehrlichen Zielvorstellungen sehr kompakt und verständlich

zusammenzufassen. Hierfür gebühre den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Amt für Verkehrsmanagement sowie dem Gutachter BSV aus Aachen sein herzlicher Dank.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf habe bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine gute Verkehrsinfrastruktur und Organisation des Verkehrs, wolle aber noch besser werden, um den zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden und die günstige Ausgangsposition für die Stadtentwicklung nicht nur zu halten, sondern auszubauen.

Hierfür sei ein rahmensetzender Verkehrsleitplan als Richtschnur und zugleich eine konkrete Vision erforderlich.

Die Verwaltung erhoffe sich, dass es mit der Aufstellung des VEP gelinge, alle Kräfte gebündelt zu bekommen, die notwendig seien, um zu einer schnellen und zügigen Realisierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für den MIV, ÖPNV, den Radverkehr und Fußgängerverkehr sowie der übrigen Maßnahmen, wie z.B. des Straßenräumlichen Handlungskonzeptes oder des Verkehrssystemmanagements (VID) zu kommen.

Zu diesem Zweck sei ein Planungsprozess initiiert worden, in dem von Anfang an Verbände, Interessengruppen und die Politik einbezogen worden seien. In einem Diskussionsforum hätten alle Beteiligten die methodische Vorgehensweise nachvollziehen und mitgestalten sowie über die Zwischenergebnisse diskutieren können. Die Erarbeitung sei durch eine Öffentlichkeitsarbeit in Form von bislang drei Broschüren und zwei Ausstellungen begleitet worden.

Die Vertreter der Ratsgremien sowie die Träger öffentlicher Belange hätten somit seit Aufnahme der Erarbeitung des VEP im Frühjahr 2002 in fünf Sitzungen des Diskussionsforums und die Vertreter des Ausschusses zusätzlich in drei Lenkungskreissitzungen die Möglichkeit gehabt, sich zu beteiligen und Schwerpunkte für diesen Plan vorzuschlagen.

Von einer solchen aktiven Beteiligung sei offensichtlich entweder zu wenig Gebrauch gemacht worden oder der eine oder andere Beteiligte habe es offensichtlich nicht verwunden, seine eigenen Zielsetzungen nicht zu 100 % durchgesetzt zu haben. Anders könne er sich die Stellungnahmen von Interessenvertretern und Ratsmitgliedern zum VEP, die in den letzten Wochen und Monaten in Düsseldorfer Zeitungen zu Schlagzeilen, wie

- "Verkehrsplan der Stadt ohne Ziel"
- "Die Stadt wartet nur ab"
- "Verkehrspolitik aus der Mottenkiste"

geführt haben, nicht erklären.

Beigeordneter Leonhardt führt weiter aus, dass derjenige, der behaupte, der VEP sei nur eine "bloße Bestandsaufnahme" oder formuliere "keine klaren Ziele", sich entweder vorzeitig aus dem Planungsprozess verabschiedet habe oder erst gar nicht bereit sei, zu einem Ausgleich zwischen den z.T. divergierenden verkehrlichen Interessen und Zielen beizutragen.

Beigeordneter Leonhardt nennt noch einmal die wesentlichen Zielsetzungen des VEP:

- Ausbau des nationalen und internationalen Wirtschaftsstandortes und des Oberzentrums Düsseldorf
- Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Handels
- Unterstützung einer dynamischen Stadtentwicklung
- Steigerung der Attraktivität des Wohnstandortes Düsseldorf
- Verbesserung der Umweltbedingungen
- Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Sicherung der Mobilität für alle Düsseldorfer
- Finanzierbarkeit der Maßnahmen

Dies alles lasse sich im Kapitel 2 des VEP vertiefend nachlesen. Hier sei auch ausgeführt, warum es keinen Sinn mache, "pro forma" irgendwelche Prozentzahlen, wie etwa den MIV-Anteil oder den Radverkehrsanteil, als Zielvorgabe auszugeben. Viel wichtiger sei der Konsens über die Ziele konkreter Maßnahmen.

Nach Auffassung von Beigeordneten Leonhardt würden sich genau hier die "Geister scheiden". Wenn man an der Notwendigkeit eines abgestimmten Miteinanders der verschiedenen Verkehrsarten vorbei - wie erneut im Antrag B90/Die Grünen vorgeschlagen - Prozentzahlen für den Anteil des Fuß- und Radverkehrs und des ÖPNV am Modal-Split als Zielsetzung vorgebe, die nur mit erheblichen restriktiven Maßnahmen gegenüber dem MIV erreichbar seien, verabschiede man sich vom obersten Ziel des VEP, nämlich dem Ausgleich zwischen allen Interessen und Zielen.

Beigeordneter Leonhardt ist der festen Überzeugung, dass der Verwaltung mit diesem Planwerk der Ausgleich zwischen allen Interessen und Zielen gelungen sei. Herr Dr. Baier vom BSV Aachen werde nachfolgend in seinem Vortrag auf die Zielerreichung der Maßnahmen des VEP im Einzelnen eingehen.

Beigeordneter Leonhardt geht zuvor noch auf zwei Kritikpunkte ein, bei denen es u.a. darum geht, was ein VEP leisten kann, was er nicht leisten kann und was er auch nicht leisten muss.

Es sei falsch und zugleich irreführend, wenn vor dem Hintergrund aufzustellender bzw. fortzuschreibender Luftreinhaltepläne behauptet werde, dass die im VEP skizzierte Verkehrsplanung "überholt" sei. Insoweit sei festzustellen, dass der VEP alle wesentlichen Konzepte und Maßnahmen zur Luftreinhaltung enthalte, die der Länderausschuss für Immissionsschutz (Unterausschuss "Verkehrsimmissionen") im Rahmen einer Bewertung von Maßnahmen zur Minderung der Verkehrsbedingten PM 10 - und NO₂ - Immissionen in Luftreinhalteplänen und Aktionsplänen als besonders wirksam eingestuft habe.

Im Übrigen weist er darauf hin, dass trotz eines Anstieges des Pkw-Bestandes und trotz steigender Pendlerzahlen auf der Grundlage der im VEP vorgeschlagenen Maßnahmen die Verkehrsbelastung in den bewohnten Straßen sogar leicht vermindert werde. Der kleiner werdende Anteil von Pkw mit schlechter Abgasreinigung und die fortschreitende Verbesserung der Motorentechnik führten gegenüber der Analyse zur wesentlichen Schadstoffentlastung in den einzelnen Straßenräumen. Dies gelte im Übrigen nicht nur für das Zielkonzept

des VEP, sondern für alle im Rahmen des VEP untersuchten Szenarien.

Soweit es um die Einhaltung von Immissionsgrenzwerten nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz gehe, stellt Beigeordneter Leonhardt fest, dass dies nicht allein Aufgabe des VEP sei, sondern hier im Rahmen der bereits erstellten und fortzuschreibenden Luftreinhaltepläne/Aktionspläne unter Berücksichtigung aller Emittenten (Verkehr, Industrie, Hausbrand etc.) geeignete Maßnahmenpläne aufzustellen seien, die darüber hinaus nicht nur kommunale, d.h. verkehrliche Maßnahmen, sondern auch übergeordnete Maßnahmen, z.B. die einer Verbesserung der Fahrzeugtechnik (Partikelfilter etc.), beinhalten.

Herr Dr. Baier betont in seiner Präsentation die umfassende und detaillierte Analyse und die daraus folgende Ausarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes. Zunächst dürfe nicht vergessen werden, dass Verkehrsplanung nicht selbstständig agieren und eigene Ziele verfolgen könne, sondern auf die Stadt- und Regionalplanung reagieren müsse. Aus seiner Erfahrung mit vielen für deutsche Städte erstellten VEP's ist seiner Einschätzung nach der VEP Düsseldorf und seine erzielbaren Wirkungen ein realistisches Planwerk. Dieses dokumentiere teilweise Ernüchterung, wie z.B. bei den Möglichkeiten der Kommune auf Veränderung des Modal-Split, weise aber in vielen Bereichen auch Perspektiven für sichtbare Erfolge auf. In mehreren Dias dokumentierte er diese erreichbaren Erfolge insbesondere für die Indikatoren Erreichbarkeit, Straßenräumliche - und Umweltverträglichkeit. Der VEP Düsseldorf weise im Übrigen sämtliche Konzepte und Maßnahmen aus, denen allgemein ein hohes Wirksamkeitspotenzial bezüglich der Luftreinhaltung und Lärminderung zuerkannt werde. (Anlage Präsentation)

Der Vorsitzende- Ratsherr Bräer bedankt sich bei Herrn Dr. Baier für den Vortrag und die ergänzenden Ausführungen.

Beigeordneter Leonhardt erläutert zur Finanzierung und zur Umsetzung des VEP, dass sich nach einer groben Kostenschätzung die reinen Investitionskosten für die beschriebenen Maßnahmen auf ca. 1,2 Milliarden Euro belaufen, was einschließlich der Landes- und Bundeszuschüsse in etwa dem Investitionsvolumen der letzten 15 Jahre entspreche. Das ehrgeizige Programm setze aber insoweit eine unveränderte Zuschusssituation durch Bund/Land voraus.

Letztlich stelle der VEP den verbindlichen Handlungsrahmen der Verwaltung für die Umsetzung von Maßnahmen im verkehrlichen Bereich in den nächsten 15 Jahren dar. Die einzelnen Maßnahmen seien vor ihrer Umsetzung zu konkretisieren und würden den zuständigen Ratsgremien zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Die kommunale finanzielle Sicherung der Maßnahmen werde über geeignete Instrumente, wie die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt und eine enge Verzahnung städtebaulicher und verkehrlicher Investitionsvorhaben, erfolgen.

Die Verwaltung werde über den Stand der Konkretisierung und die finanzielle Realisierbarkeit der beschriebenen Maßnahmen, mögliche strukturelle Änderungen im Auswirkungsbereich von Maßnahmen, sowie die Fortschritte bzw. Hemmnisse bei der Umsetzung, den zuständigen Fachausschuss ca. alle zwei Jahre mittels eines Zwischenberichtes informieren. Da bei einem Planwerk mit einer solch langen Laufzeit nicht ausgeschlossen werden könne, dass sich angenommene Rahmenbedingungen anders entwickeln als im VEP zu Grunde

gelegt - so könnten sich z.B. veränderte stadtplanerische Zielvorstellungen in einzelnen Bereichen ergeben - werde die Verwaltung spätestens alle fünf Jahre einen generellen Abgleich der Entwicklungsdaten durchführen.

Ratsherr Volkenrath hält die Vorschläge noch nicht für ausgereift und sieht dementsprechend weiteren Beratungsbedarf. Er sei im Übrigen bisher davon ausgegangen, dass - sofern Beratungsbedarf bestehe - dem auch gefolgt würde. Die dennoch stattfindende Beratung und angekündigte Abstimmung widerspreche der bisherigen demokratischen Kultur des Ausschusses. Aus diesem Grunde werde sich die SPD nicht am Abstimmungsverfahren zu diesem TOP beteiligen.

Ratsherr Karen-Jungen sieht ebenfalls die Notwendigkeit weiterer Beratungen. Als einführende Begründung hierfür möge sich jeder die klimatischen Bedingungen im Jahr 2020 vorstellen. Aus Protest gegen das angekündigte - auch aus seiner Sicht undemokratische Vorgehen - werde sich die Fraktion

Bündnis90/Die Grünen zwar an der Beratung, nicht aber an der Abstimmung beteiligen. Herr Tönjes vom VCD betont seine Enttäuschung über den zwischenzeitlich gestoppten, nicht konsequent geführten Diskussionsprozess sowie über das Ergebnis des VEP. Er beklagte fehlende Ziele und fehlende Perspektiven zur Einflussnahme auf den regionalen Verkehr. Er befürchtet Verlängerungen des Individualverkehrs in das untergeordnete Straßennetz und ein unzureichendes kommunales Handeln in Bezug auf das Jahr 2010 (Verschärfungen der Schadstoffgrenzwerte). Zudem würden Prioritäten und Budgets fehlen.

Ratsherr Czerwinski resümiert vorab, dass das Ziel eines breit akzeptierten VEP's auf Grund eines Bruchs im Planungsprozess nicht erreicht worden sei. Zudem beinhalte die Abwägung der Verwaltung in der Stellungnahme zu den Anregungen und Bedenken zum Zielkonzept Unschlüssigkeiten und teilweise Widersprüche. Er habe dies in mehr als 15 Fällen festgestellt. So fehle z.B. eine Begründung zur Aufnahme von Maßnahmen in den VEP wie die Fortsetzung der Wehrhahn-Linie bis zum Moorenplatz oder für die Nicht-Aufnahme der U 79 (zweite Stufe). Es sei ein Ungleichgewicht festzustellen zwischen den im VEP für einzelne Verkehrsarten festgelegten Zielen und den dafür vorgesehenen Kostenanteilen, dem dokumentierten Handlungsbedarf für die ÖPNV-Beschleunigung und dem vorgelegten Handlungskonzept sowie beim Interessenausgleich zwischen den Verkehrsarten bei der Fußgängerförderung in den Stadtteilzentren. Es fehle darüber hinaus die Berücksichtigung des wachsenden Containerverkehrs im Hafen und die Ausweisung der Dorotheenstraße als Lkw-Route sei nicht nachvollziehbar. Des Weiteren sei die Ernsthaftigkeit des Handlungskonzeptes zum Mobilitätsmanagement zu bezweifeln, wenn dabei auf die gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums mit dem Auto hingewiesen werde.

Herr Neuenhaus bringt sein Unverständnis über die Kritik am VEP zum Ausdruck, nachdem seit über einem Jahr über den VEP diskutiert werde. Der VEP beinhalte wichtige und vor allen Dingen die richtigen Zielsetzungen zur Stadt- und Verkehrsentwicklung, die nach heutigem Stand der strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen auch realistisch umgesetzt werden können. Daher werde die FDP-Fraktion dem VEP2020 zustimmen .

Ratsherr Hartnigk schließt sich den Ausführungen von Herrn Neuenhaus an und spricht sich dafür aus, den VEP mit den vorgelegten Änderungs- und Ergänzungsanträgen der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/136/2006), zur Abstimmung zu bringen.

Der Vorsitzende - Ratsherr Bräer - lässt zunächst über den Änderungs- und Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/136/2006) abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Im Anschluss empfiehlt der Ausschuss dem Rat der Stadt mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die zum Zielkonzept des Verkehrsentwicklungsplanes (Ö-Vorlagen-Nr. 66/133/2005) abgegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis und stimmt der in Anlage 1 dargestellten Abwägung der Stellungnahmen unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungs- und Ergänzungsantrages der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/136/2006) zu.

1. Der Rat beschließt den Verkehrsentwicklungsplan 2020 entsprechend der Anlage 2 dieser Vorlage unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungs- und Ergänzungsantrages der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/136/2006).
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in Anlage 2 dargestellten Maßnahmen bis zum Zeithorizont 2020 im Rahmen der finanziellen Ressourcen zu konkretisieren und umzusetzen. Vor der Umsetzung einzelner Maßnahmen ist der zuständige Fachausschuss erneut zu beteiligen.
3. Über den Umsetzungsstand des Verkehrsentwicklungsplanes erstellt die Verwaltung für den zuständigen Fachausschuss alle zwei Jahre einen Zwischenbericht.
4. Spätestens alle fünf Jahre ist ein Abgleich der Grundannahmen im Verkehrsentwicklungsplan mit den tatsächlichen Rahmenbedingungen herzustellen und der Plan ggf. fortzuschreiben.

13 Haushaltsplanentwurf des Amtes für Verkehrsmanagement sowie des Ordnungsamtes für das Jahr 2007 - Vorlage 66/ 115/2006 -

Es werden folgende Änderungs-/Ergänzungsanträge zu den Haushaltsplanentwürfen behandelt :

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (ohne Vorlagen-Nr.):

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig folgenden Antrag:

Im Hinblick auf die erst jetzt bekannt gewordene Tatsache, dass nicht abgerufene Mittel in Höhe von 27 Mio Euro für Maßnahmen zur ÖPNV-Förderung im

ÖPNV-Landesprogramm 2007 NRW noch zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, welche ÖPNV-Maßnahmen für Düsseldorf noch für das Jahr 2007 angemeldet werden können. Hierbei ist zu beachten, dass die Arbeiten im Jahre 2007 begonnen werden müssen und die Einzelmaßnahmen den Betrag von 50 Mio Euro nicht übersteigen dürfen.

Ein Schwerpunkt der Prüfung soll auf folgende Maßnahmen gerichtet sein:

1. Verlängerung der Linie 701/Theodorstraße
2. Hafenerschließung Gladbacher Straße
3. Regionalhalt Düsseldorf-Bilk

Anfrage der SPD-Ratsfraktion (ohne Vorlagen-Nr.):

1. Haushaltsstelle 1100 2613 - Zwangsgelder

Beigeordneter Leonhardt führt aus, dass die Haushaltsstelle im Rechnungsergebnis 2005 ein negatives Rechnungsergebnis von 283.334,00 Euro aufweise. Dies bedeute, dass es mehr Absetzungen aus Vorjahren als Sollstellungen im selben Haushaltsjahr gegeben habe. Es seien also keine Mittel in der Höhe vereinnahmt, sondern abgesetzt worden. Die Haushaltsstelle habe zurzeit ein aktuelles Ist von 638,80 Euro. Die Absetzungen resultierten aus den noch offenen Aufenthaltsverboten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Drogenszene am Hauptbahnhof. Mit Blick darauf, dass der Landtag im Juli 2003 den Kommunen die Ermächtigung zur Erteilung von Aufenthaltsverboten entzogen habe, sei lediglich noch mit Einnahmen in Höhe von 5.000,00 Euro zu rechnen.

2. Haushaltsstelle 6020 10019 - Gebühren für Sondernutzungen im Straßenraum

Beigeordneter Leonhardt berichtet, dass im März 2006 die Aufgabe der Genehmigungen für die Außengastronomie (Sommerterrassen), Straßenfeste usw. vom Amt für Verkehrsmanagement zum Ordnungsamt gewechselt sei. Im Haushaltsplan 2007 seien somit auch die Einnahmen entsprechend umgeschichtet worden. Die Reduzierung bei der o.g. Haushaltsstelle in Höhe von 1,3 Mio Euro sei haushaltsneutral. Die Haushaltsstelle 1 1100 11130 des Ordnungsamtes sei entsprechend erhöht worden.

3. Haushaltsstelle 6020 11068 - Gebühren von Parkscheinautomaten -

Beigeordneter Leonhardt führt aus, dass das Rechnungsergebnis 2005 rund 4,9 Mio Euro betragen habe. Entsprechend dem Rechnungsergebnis sei der Ansatz für 2007 auf 5,0 Mio Euro erhöht worden. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2006 zeige $(3,8 \text{ Mio Euro} \times 3 + 430.000 \text{ Euro}) = 5,1 \text{ Mio Euro}$, dass max. rd. 5,1 Mio Euro erzielt werden könnten. Die Auslastung der mit Parkscheinautomaten bewirtschafteten Flächen sei relativ hoch, so dass in den nächsten Jahren keine weiteren Steigerungen zu erwarten seien. Im Rahmen des CDU/FDP-Antrages zur Verkehrserziehung (Vorlagen-Nr. 66/131/2006) sei der Antrag als Deckung auf 5,080 Mio Euro erhöht worden.

4. Haushaltsstelle 6300 51020 - Brückenunterhaltung -

Beigeordneter Leonhardt erklärt, dass der Ausgabenstand 1,538 Mio Euro betrage. Dazu kämen gebundene Aufträge in Höhe von 0,962 Mio Euro, so dass keine freien Mittel zur Verfügung stünden.

Die Ansatzreduzierung um 242.000 Euro beziehe sich auf die DB-Brücken, die bisher anteilmäßig aus dieser Haushaltsstelle finanziert worden seien. Hierfür

sei eine neue Haushaltsstelle 1 6030 51020 - Brücken über Eisenbahnlinien - gebildet worden. Diese weise für 2007 einen Ansatz von 700.000 Euro auf (rund 9,7 Mio Euro für die nächsten 8 Jahre), die nur für DB-Brücken-Sanierungen zur Verfügung stehen würden. Somit stünden mehr Unterhaltungsmittel als bisher zur Verfügung.

5. Haushaltsstelle 6600 54700 - Verrechnung von Energiekosten -
Beigeordneter Leonhardt teilt mit, dass der Ansatz von Amt 23 auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses 2005 (254.139 Euro) gebildet und entsprechend hochgerechnet worden sei. Dabei sei berücksichtigt worden, dass eine Vielzahl von brandschutztechnischen Nachrüstungen auch in 2006 erfolgt sei. Die Gesamtheit der Nachrüstungen - Kommunikationseinrichtungen wie Notrufstationen, Brandmeldeanlagen, Löscheinrichtungen, Brandnotleuchten, Tunnel-sperranlage - die der Sicherheit der Allgemeinheit dienen und gemäß der RABT (Richtlinien für die Ausstattung von Straßentunneln) erforderlich seien, führten zu dem erhöhten Stromverbrauch. Bis heute seien von Amt 23 200.000 Euro in Rechnung gestellt worden. Zudem sei davon auszugehen, dass ein Mehrbedarf erforderlich werde.

6. Haushaltsstelle 0620 8409 36103 - Reaktivierung von DB-Strecken,
Zuweisung des Landes -
Beigeordneter Leonhardt berichtet, dass das Projekt "Ratinger Weststrecke" im Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan des Landes, Teil Schiene in der Linie der Vorhaben der Stufe 1 (Vorhaben bis 2015) eingestuft sei. Der VRR sei Aufgabenträger für den SPNV. Der genannte Zeitbedarf ergebe sich aus den notwendigen Planungs- und Verfahrensschritten. Es liege lediglich eine Vorplanung aus dem Jahre 2002 vor. Für die Erarbeitung der noch ausstehenden Entwurfs- und Genehmigungs- und Ausführungsplanung sowie für die Schaffung des notwendigen Baurechts (Planfeststellungsverfahren) sei von einem Zeitbedarf von mindestens 3 Jahren auszugehen.

Darüber hinaus könne vor dem Hintergrund der anstehenden Kürzungen der Regionalisierungsmittel zum derzeitigen Zeitpunkt keine belastbare Aussage über das künftige Leistungsangebot im SPNV und somit auch zur Finanzierung der Betriebskosten für die Ratinger Weststrecke gemacht werden.

Aufgrund der geänderten Vorgaben des Landes für noch nicht eingeplante ÖPNV-Maßnahmen seien zum Haushaltsplanentwurf 2007 die Zuwendungen für die Ratinger Weststrecke auf 85 % (früher 90 %) Förderung angepasst worden.

7. Haushaltsstelle 6020 8409 98612 - Investitionszuschuss an den VRR Regionalhalt Bilk

Beigeordneter Leonhardt erklärt, dass der Planungsstand seit 2003 fast unverändert sei, d.h., es gebe auf der Basis einer Machbarkeitsstudie von 1999 bisher eine Positionierung des Vorhabens im ÖPNV-Landesprogramm. Zudem gebe es eine Bestellung des Haltes seitens des VRR bei der DB AG und eine Zusatzuntersuchung zu den Baukosten für den Bereich Netz der DB AG von August 2004.

Antragsteller für diese Maßnahme sei der VRR; dieser müsse auch die Planung beauftragen. Aus aktuellem Anlass (freie Förderkapazitäten im Landesprogramm 2007 ff.) würden die Gespräche mit dem VRR aufgenommen, um eine Realisierung ab 2007 bzw. 2008 zu erreichen. Hierzu würde am 19.10.2006 beim VRR ein Planungsgespräch "Regionalhalt Bilk" stattfinden.

8. Haushaltsstelle 6300 7669 94037 - Senken, Baukosten -
Beigeordneter Leonhardt führt aus, dass im Haushaltsjahr 2005 für die Beseitigung von Schäden an Straßenabläufen 90.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt worden seien.

Diese seien zum Teil noch im vergangenen Jahr, zum Teil aber erst im laufenden Jahr abgearbeitet (aktuell: Ausgaben 70.249,10 Euro/gebundene Aufträge 45.664,04 Euro) worden. Damit sei der Rückstau abgearbeitet und ein Ansatz von 50.000 Euro in 2007 aus jetziger Sicht ausreichend.

9. Haushaltsstelle 6300 9978 94037 - Planungskosten Kö-Bogen -
Beigeordneter Leonhardt erklärt, dass die Planung so weit fortgeschritten sei, dass in 2007 der Ansatz in Höhe von 200.000 Euro verausgabt werde.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/135/2006):

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, bis zum September 2007 ein Konzept zu erarbeiten und dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss vorzulegen, unter welchen zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen im Verbund mit der DB-Service und Stationen, dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und dem Land NRW die sich zum Teil in einem desolaten Zustand präsentierenden 24 S-Bahn-Stationen in Düsseldorf modernisiert und attraktiviert werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Antrag der SPD-Ratsfraktion (Ö-Vorlagen-Nr. 66/129/2006):

1. Haushaltsstelle 6020 57315 - Verkehrserziehung
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

2. Haushaltsstelle 6020 6718 - Straßenabläufe
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

3. Haushaltsstelle 06020 7621 94047 - Förderung des ÖPNV, Baukosten und Planung -
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

4. Haushaltsstelle 6300 8582 94037 - Bau von Kreisverkehren
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

5. Haushaltsstelle 6300 8927 94037 - Entlastungsstraße Güterbahnhof Derendorf
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

6. Haushaltsstelle 6300 9026 940377 - Restausbau Flinger Broich/Vennhauser Str.
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/131/2006):

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/132/2006):

Der Antrag wurde an den zuständigen Bauausschuss verwiesen.

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/133/2006):

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Antrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP (Ö-Vorlagen-Nr. 66/134/2006):

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Auf Anregung des Vorsitzenden - Ratsherr Bräer - werden die Beratungen über die Vorschläge und Anregungen aus den einzelnen Bezirksvertretungen und über den Haushaltsplanentwurf 2007, der Finanzplanung 2007-2010, dem Mehrjahresinvestitionsprogramm 2006-2010, dem doppelhaushalt 2007 und dem Veränderungsverzeichnis auf die November-Sitzung 2006 ver-
tagt.

14 Ausbau der Volmerswerther Straße zwischen Georg-Schulhoff-Platz und Südring

Bau- und Finanzierungsbeschluss

- Vorlage 66/111/2006 -

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf den Ausbau der Volmerswerther Straße zwischen Georg-Schulhoff-Platz und Südring mit Gesamtkosten in Höhe von 1.449.000,00 Euro.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:20 Uhr

Ratsherr Bräer
Vorsitzender

Ratsherr Hartnigk
Stellv. Vorsitzender

Herr Leonhardt
Beigeordneter

Herr Roth
Schriftführer